

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – November 2017

Nachrichten von COFACE – Families Europe	1
COFACE – Families Europe beim Safer Internet Forum	1
Veranstaltung zur finanziellen Inklusion von Familien	1
Nachrichten aus den EU-Institutionen.....	2
Europäischer Sozialgipfel: Proklamation der Europäischen Säule sozialer Rechte	2
EP will mehr Strukturfondsmittel für demografischen Wandel.....	2
Europäisches Semester: EU-Kommission legt wirtschaftliche und soziale Prioritäten für das kommende Jahr vor	2
Soziale Sicherung für alle – Kommission eröffnet Gesprächsrunde und Konsultation	3
Europäische Arbeitsmarktbehörde und Europäische Sozialversicherungsnummer – Kommission startet Konsultation.....	3
Kommission beschließt Aktionsplan zum Lohngefälle zwischen den Geschlechtern.....	3
EU-Kommission entwirft Vision eines europäischen Bildungsraums.....	4
EuGH: Arbeitslosengeld bei „vertikaler“ Teilzeitarbeit benachteiligt Frauen.....	4
Weitere Nachrichten	4
Schutz und Teilhabe von Kindern – FRA thematisiert Mindestaltersgrenzen.....	4
Europäische Verbände fordern: Investitionen in Kinder nach 2020 sichern!	5
Europarat: Europäischer Tag zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung	5
Berichte und Studien.....	6
Konsultationsergebnisse: Bildung und Inklusion	6
Familien und Migration – OECD-Veröffentlichung	6
OECD-Veröffentlichung zum Thema Wohlergehen	6
Global Gender Gap Report: „Ein schlechtes Jahr in einer guten Dekade“	6
FRA-Bericht zur Diskriminierung von Frauen und Mädchen	7
Europäisches Forum über die Rechte des Kindes: Tagungsvideos online.....	7
Population Europe Policy Brief: Becoming an adult in Europe	7
Eurostat-Bericht über nachhaltige Entwicklung in Europa.....	8
Bevorstehende Veranstaltungen.....	8

Nachrichten von COFACE – Families Europe

COFACE – Families Europe beim Safer Internet Forum

Die 2017er Konferenz des Safer Internet Forums (SIF) am 23. November stand unter dem Motto „From children's tech to resilient youth – how to promote wellbeing online?“ (Von der Kindertechnologie bis zur widerstandsfähigen Jugend – wie fördert man das Wohlbefinden im Internet?). Themen waren beispielsweise Roboterspielzeug, die Entwicklung von Resilienz bei gefährdeten Kindern und Jugendlichen oder der Kampf gegen die Verbreitung von kinderpornografischem Material. Ein Panel des SIF wurde von der EU-Allianz zum besseren Schutz von Minderjährigen verantwortet, in der auch COFACE – Families Europe engagiert ist. Die COFACE-Direktorin Liz Gosme stellte dort die Arbeit der Allianz vor und brachte dabei auch die Impulse von COFACE – Families Europe ein:

- **Transparenz von Geschäftsmodellen:** Es wäre sinnvoll, einen Indikator zu entwickeln, der messen kann, wie viel Werbung auf Unternehmenswebsites vorhanden ist, um das Verhältnis zwischen Werbung und originalen Inhalten einschätzen zu können.
- **Datenschutz:** Unternehmen könnten über die Einrichtung eines speziellen Kontos für Kinder unter 16 Jahren nachdenken, bei dem keine personenbezogenen Daten verarbeitet oder gesammelt werden; COFACE – Families Europe ist bestrebt, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen dem Schutz der Daten von Kindern und ihrer Autonomie zu finden.
- **Online-Geschäftsmodelle, die zu sehr auf Werbung angewiesen sind:** Die Allianz könnte eine Reflexion über alternative, weniger auf Werbung setzende, Online-Geschäftsmodelle anstoßen, beispielsweise Abodienste, Freemium oder Free-to-Play usw. Auch die Aufklärung von Kindern/Jugendlichen über verschiedene Geschäftsmodelle in der digitalen Wirtschaft wäre sinnvoll.
- **„User empowerment“:** COFACE – Families Europe möchte weg von einer passiven Konsumhaltung hin zum aktiven Internetuser mit einem Recht auf Handlungsmacht innerhalb der von ihm genutzten Dienste. Ein solches Recht würde den Nutzern echte Macht gegenüber Anbietern geben und sie zu höherwertigen Inhalten verpflichten (z.B. die Möglichkeit, Facebook-Posts vor Teenagern zu verbergen).
- **Die Allianz dürfe nicht nur reaktiv sein, sondern müsse über zukünftige Herausforderungen diskutieren:** *Virtual Reality*, *Augmented Reality*, das dezentralisierte Internet, *Blockchain*, dezentrales Hosting (Sia, Filecoin) sowie *Connected Toys* und die von ihnen verwendeten Algorithmen. Das Bündnis solle strategisch und vorausschauend sein.

Veranstaltung zur finanziellen Inklusion von Familien

Am 9. und 10. November veranstalteten Finance Denmark und COFACE – Families Europe gemeinsam ein Fachgespräch über die finanzielle Inklusion und die Verbesserung des Zugangs zu erschwinglicher und stabiler Finanzierung für Familien in Europa, wobei der Schwerpunkt auf dem Zugang zu Hypotheken lag. Das dänische Hypothekenmodell wurde als Beispiel für ein Finanzierungsmodell, das dänischen Hausbesitzern seit mehr als zwei Jahrhunderten eine kostengünstige und stabile Finanzierung erlaubt, besonders hervorgehoben. Die Veranstaltung diente der Diskussion darüber, ob Erfahrungen aus dem dänischen Modell eine Inspirationsquelle für die europäische familienpolitische Agenda sein können, um bessere und billigere Kredite für europäische Familien zu ermöglichen.

Nachrichten aus den EU-Institutionen

Europäischer Sozialgipfel: Proklamation der Europäischen Säule sozialer Rechte

Am 17. November 2017 kamen die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten zum ersten Mal nach 20 Jahren zu einem so genannten Sozialgipfel im schwedischen Göteborg zusammen, um über gute Arbeit, inklusives Wachstum und Chancengleichheit zu diskutieren. Wichtigster Tagesordnungspunkt war die gemeinsame Proklamation der Europäischen Säule sozialer Rechte (ESSR) durch das Europäische Parlament, den Rat der EU und die EU-Kommission. In dieser von der Kommission angeregten Initiative werden Grundsätze für Chancengleichheit und Arbeitsmarktzugang, faire Arbeitsbedingungen sowie Sozialschutz und soziale Inklusion zusammengeführt. Die Grundsätze reichen vom Recht auf faire Löhne und Gehälter bis zum Recht auf Gesundheitsversorgung, vom lebenslangen Lernen, von besserer Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben über die Gleichstellung der Geschlechter bis hin zum Mindestlohn. Diese sind zwar nicht rechtsverbindlich, aber die Proklamation ist als Bekenntnis zu verstehen, dass die EU ein höheres Arbeitsrechts- und Sozialschutzniveau erreichen will. Aus den Reihen der europäischen zivilgesellschaftlichen Verbände wird eine höhere rechtliche Verbindlichkeit der ESSR gefordert. Es könne nicht sein, dass das Wettbewerbsrecht in Europa Vorrang vor den sozialen Grundrechten der Bürger und Bürgerinnen habe.

- [Zur Pressemitteilung mit ausführlichen Informationen zur ESSR](#)

EP will mehr Strukturfondsmittel für demografischen Wandel

Das Europäische Parlament hat am 14. November eine umfassende Entschließung verabschiedet, in der es mehr Mittel aus den Kohäsionsfonds zur Bewältigung des demografischen Wandels fordert. Das Parlament sieht insbesondere Probleme für ländliche Gebiete, die sich ernststen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen gegenübersehen. Deshalb fordert es eine vermehrte Abstimmung zwischen allen Instrumenten der EU für eine umfassendere Herangehensweise an den demografischen Wandel sowie, dass demografische Belange in sämtliche Politikbereiche und Haushaltslinien einfließen. Die Abgeordneten fordern die Kommission eindringlich auf, sich kohäsionspolitischer Maßnahmen zu bedienen, um die zunehmende Abwanderung aus dünn besiedelten Regionen einzudämmen. Dafür müsse auch ein Rechtsrahmen geschaffen werden, mit dem Gebiete mit schweren und dauerhaften demografischen Nachteilen ermittelt werden können.

Europäisches Semester: EU-Kommission legt wirtschaftliche und soziale Prioritäten für das kommende Jahr vor

Die Europäische Kommission hat am 22. November die wirtschaftlichen und sozialen Prioritäten der EU für das kommende Jahr dargelegt, Politikempfehlungen für das Eurogebiet abgegeben und ihre Bewertung der Haushaltsplanung der Euro-Mitgliedstaaten vorgelegt. Damit ist der neue Zyklus des Europäischen Semesters eingeleitet. Die Kommission fordert, es müsse sichergestellt werden, dass alle Teile der Gesellschaft an der insgesamt guten wirtschaftlichen Lage teilhaben könnten. Neben einer verantwortungsvollen Finanzpolitik sollten Strukturreformen durchgeführt und in erster Linie darauf gerichtet werden, die Voraussetzungen für weitere Investitionen zu schaffen und das Reallohnwachstum zu steigern, um die Binnennachfrage zu stützen. Da sich die Mitgliedstaaten jedoch in unterschiedlichen Stadien des Konjunkturzyklus befänden, müsse jeweils das rechte Maß gefunden werden, um einerseits den wirtschaftlichen Aufschwung zu stützen und andererseits die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen sicherzustellen. Soziale Gerechtigkeit bleibe

eine bereichsübergreifende Priorität, weswegen die Grundsätze der Europäischen Säule sozialer Rechte (ESSR) von nun an in das Europäische Semester einbezogen würden.

Die Kommission hat parallel ihren Entwurf des Gemeinsamen Beschäftigungsberichts für 2017 vorgelegt, in dem erstmals ein sozialpolitisches Scoreboard angewendet wird. Das Abschneiden der Mitgliedstaaten wird dabei anhand von 14 Indikatoren beurteilt, die sich an den 20 Grundsätzen der ESSR orientieren. Der Bericht zeugt insgesamt von anhaltenden Verbesserungen am Arbeitsmarkt: Die Arbeitslosenquote habe im September 2017 bei 7,5 Prozent gelegen und damit ihren niedrigsten Stand seit 2008 erreicht. Die Erholung am Arbeitsmarkt gehe jedoch nicht mit steigenden Löhnen einher: in einer Reihe von Mitgliedstaaten seien die Einkommen noch immer niedriger als vor der Krise.

Die europäischen zivilgesellschaftlichen Verbände erkennen in ihrer Reaktion auf die Initiativen der Kommission zwar an, dass die soziale Dimension im aktuellen Europäischen Semester mehr Beachtung gefunden habe als bisher. Sie kritisieren jedoch die mangelnde Sichtbarkeit der sozialen Indikatoren. Zukünftig müsse der sozialen Dimension auch im Europäischen Semester der Stellenwert zugestanden werden, den sie für den Fortschritt und den Wohlstand in Europa habe.

Soziale Sicherung für alle – Kommission eröffnet Gesprächsrunde und Konsultation

Am 20. November hat die EU-Kommission die zweite Runde der Gespräche mit Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden auf EU-Ebene über die Frage eingeleitet, wie der Zugang zu sozialer Sicherung für alle Erwerbstätigen gewährleistet werden kann. Zukünftig müssten alle Zugang zu den Leistungen des sozialen Sicherungssystems haben, unabhängig davon, ob sie herkömmliche oder neuartige Arbeitsverträge hätten oder selbständig tätig seien. Bis zum 15. Januar läuft auch eine breiter angelegte öffentliche Konsultation, in der sich alle betroffenen Interessenträger äußern können. Die Kommission beabsichtigt, in der ersten Hälfte des kommenden Jahres einen Vorschlag zum Thema vorzulegen.

- [Zur Konsultation](#)

Europäische Arbeitsmarktbehörde und Europäische Sozialversicherungsnummer – Kommission startet Konsultation

Die EU-Kommission hat am 27. November eine öffentliche Konsultation zur zukünftigen Gestaltung der Europäischen Arbeitsmarktbehörde und zur Einführung einer Europäischen Sozialversicherungsnummer gestartet. Die Europäische Arbeitsbehörde soll dafür sorgen, dass die EU-Regelungen zur Mobilität fair und effektiv angewendet werden. Die Behörde würde nationale Verwaltungen, Unternehmen und mobile Arbeitnehmer unterstützen, indem sie für eine engere Zusammenarbeit bei grenzüberschreitender Mobilität und Koordinierung der Sozialversicherungssysteme Sorge. Mit einer Europäischen Sozialversicherungsnummer würden Behördengänge einfacher. Auch jenseits der Landesgrenzen könnte damit der Sozialversicherungsstatus rasch überprüft werden. Gesetzgebungsvorschläge für beide Initiativen sind im Arbeitsprogramm der Kommission für 2018 vorgesehen und sollen im Frühjahr 2018 vorgelegt werden. Die Konsultation läuft bis zum 7. Januar 2018.

- [Zur Konsultation](#) 

Kommission beschließt Aktionsplan zum Lohngefälle zwischen den Geschlechtern

Die Europäische Kommission hat am 20. November auf dem Grundrechte-Kolloquium „Frauenrechte in turbulenten Zeiten“ einen Aktionsplan 2018/19 zur Bekämpfung des Lohngefälles zwischen Frauen und

Männern vorgelegt. Dieses betrage im EU-Durchschnitt 16,3 Prozent und habe in den letzten Jahren nicht abgenommen. Dies sei größtenteils darauf zurückzuführen, dass Frauen in der Regel weniger Stunden arbeiteten, in schlechter bezahlten Branchen tätig seien, weniger Beförderungen erhielten, häufiger ihre berufliche Laufbahn unterbrechen und mehr unbezahlte Arbeit leisteten. Die Kommission plant, Projekte zur Förderung von Frauen in Führungspositionen finanziell zu unterstützen und eine Änderung der Gleichstellungsrichtlinie zu prüfen.

EU-Kommission entwirft Vision eines europäischen Bildungsraums

Mehr Geld für Bildung, engere Zusammenarbeit bei den Lehrplänen, ein europäischer Studentenausweis, gegenseitige Anerkennung der Abschlüsse von der Schule bis zur Hochschule, Mobilität für alle: das sind einige der Vorschläge, die die EU-Kommission am 14. November für die Entwicklung eines gemeinsamen europäischen Bildungsraums bis 2025 vorgestellt hat. Eine der größten Errungenschaften Europas sei die Schaffung eines Raumes, in dem Arbeitnehmer und Bürger sich frei bewegen können; im Bereich der Bildung sei die Mobilität jedoch nach wie vor eingeschränkt. Bis 2025 will die Kommission Europa zu einer Region machen, in der man lernen, studieren und forschen kann, ohne von Grenzen behindert zu werden, und in dem es die Norm sei, dies eine Zeit lang in einem anderen Mitgliedstaat zu tun. Bildung helfe den Menschen, sich an eine Welt im raschen Wandel anzupassen, eine europäische Identität zu entwickeln, andere Kulturen zu verstehen und die Fertigkeiten zu erwerben, die man in einer mobilen, multikulturellen und zunehmend digitalen Gesellschaft brauche.

EuGH: Arbeitslosengeld bei „vertikaler“ Teilzeitarbeit benachteiligt Frauen

Am 9. November 2017 hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) ein Urteil verkündet, das die Berechnung von Arbeitslosengeld bei „vertikaler“ Teilzeitarbeit in Spanien betrifft. Teilzeitarbeit wird als „vertikal“ bezeichnet, wenn Arbeitnehmer/innen ihre Arbeitsstunden auf einige Werkzeuge pro Woche konzentrieren. Nach der strittigen spanischen Regelung zur Festlegung des Arbeitslosengeldes wird die Bezugsdauer im Fall vertikaler Teilzeitarbeit nur anhand der Tage berechnet, an denen tatsächlich gearbeitet worden ist. Dies führt zu einer erheblichen Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes. Nach Ansicht des EuGH verstößt diese Regelung jedoch gegen die EU-Gleichbehandlungsrichtlinie im Bereich der sozialen Sicherheit, da mit 70-80 Prozent die Mehrheit der Beschäftigten mit vertikaler Teilzeit in Spanien weiblich ist.

Weitere Nachrichten

Schutz und Teilhabe von Kindern – FRA thematisiert Mindestaltersgrenzen

Anlässlich des Weltkindertages am 20. November hat sich die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) mit den Unterschieden bei gesetzlichen Mindestaltern befasst, um der EU und ihren Mitgliedstaaten bei der Beseitigung von Unstimmigkeiten, Schutzlücken und anscheinend willkürlichen Restriktionen aufgrund unterschiedlicher Altersgrenzen zu helfen. Das Mindestalter regelt den Zugang zu bestimmten Rechten, beispielsweise zum Recht auf Eheschließung, zum Wahlrecht und zum Recht auf einen Arbeitsplatz. Bei vielen Rechten sind Kinder von den Entscheidungen ihrer Eltern abhängig. Da Menschen jedoch in unterschiedlichem Alter Reife erlangen, so die FRA, könne die Festlegung von Altersgrenzen in machen Altersstufen bestimmte Rechte einschränken bzw. in anderen nicht genügend Schutz bieten. Bei manchen Einschränkungen fehle es an soliden Begründungen. Mitunter seien Altersgrenzen auch

verwirrend; beispielsweise sei in einigen Ländern das für eine Eheschließung erforderliche Alter niedriger als das Mindestalter für sexuelle Mündigkeit. Einige Schlaglichter lauten:

Eheschließung und Staatsangehörigkeit: Nur in Dänemark, Deutschland, den Niederlanden, Schweden (und Polen nur für Männer) ist eine Eheschließung vor Vollendung des 18. Lebensjahrs verboten. Die übrigen Länder erlauben frühere Eheschließungen, sofern die Einwilligung der Eltern oder einer nationalen Behörde vorliegt. Dies stehe im Widerspruch zur UN-Konvention der Rechte des Kindes, die empfiehlt, das Mindestalter für Eheschließungen bei 18 Jahren anzusetzen.

Gesundheit: Sexualberatungsdienste seien für das Wohlergehen und die Gesundheit von Heranwachsenden von großer Bedeutung, insbesondere für Mädchen, wie auch vom UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes empfohlen. In einigen Mitgliedstaaten sei jedoch das Mindestalter der sexuellen Mündigkeit niedriger als das Alter, ab dem entsprechende Beratungsdienste ohne Einwilligung der Eltern aufgesucht werden können.

Religion: In den meisten Mitgliedstaaten gibt es keine Gesetze, in denen der Wechsel eines Kindes zu einer anderen Religion geregelt ist. In einigen bestehen jedoch Altersgrenzen, auch wenn in der EU-Charta der Grundrechte jedem Menschen das Recht auf Religionsfreiheit zugesprochen wird.

Europäische Verbände fordern: Investitionen in Kinder nach 2020 sichern!

Die EU-Allianz für Investitionen in Kinder fordert die EU-Institutionen und die EU-Mitgliedstaaten auf, in Kinder zu investieren und einen künftigen mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) zu entwickeln, der der Kinderarmut ein Ende setzt und die soziale Eingliederung aller Kinder in Europa fördert. Die mehr als 20 Mitgliedsorganisationen der Allianz beziehen sich dabei auf die am 17. November proklamierte Europäische Säule sozialer Rechte (ESSR), in der die Verpflichtungen zur Förderung der sozialen Eingliederung und der Rechte des Kindes bekräftigt werden. Der künftige MFR sollte dazu beitragen, diese Verpflichtungen in die Tat umzusetzen. Die EU-Allianz für Investitionen in Kinder macht dazu sechs Empfehlungen:

1. Die Beseitigung der Kinderarmut und der sozialen Ausgrenzung in Europa sollte eine klare und sichtbare Priorität im nächsten MFR sein.
2. Der nächste MFR sollte durch eine Strategie zur Umsetzung der Agenda 2030, der Europäischen Säule der sozialen Rechte und der Empfehlung über Investitionen in Kinder unterstützt werden.
3. Der finanzielle Umfang des nächsten MFR sollte ausreichen, um die Kinderarmut in Europa zu bekämpfen.
4. Der nächste MFR sollte einen Lebenszyklusansatz für soziale Investitionen und soziale Sicherheit fördern.
5. Die EU-Mittel zur Armutsbekämpfung und sozialen Eingliederung im Rahmen des nächsten MFR sollten mit nationalen Strategien und Aktionsplänen zur Armutsbekämpfung verknüpft werden.
6. Die Vereinfachung der Regeln des künftigen MFR sollte darauf abzielen, das Engagement der Interessengruppen, einschließlich der NGOs, weiter zu fördern und den Mittelabruf zu erhöhen.

Europarat: Europäischer Tag zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung

Anlässlich des Europäischen Tages zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch, der jedes Jahr am 18. November begangen wird, hat der Europarat daran erinnert, dass es eine Gemeinschaftsaufgabe sei, dafür zu sorgen, dass digitale Technologien und die neuen Medien Kindern helfen, zu forschen, zu lernen und sich zu entwickeln und nicht sexueller Ausbeutung oder sexuellem Missbrauch zum Opfer zu fallen. Der Europarat hat deshalb eine Reihe von Online-Video-Tutorials veröffentlicht, die Kindern dabei helfen sollen, sicher durch digitale Umgebungen zu navigieren. Die sechs

Tutorials und eine Broschüre bieten Eltern praktische Tipps zum Thema digitale Erziehung für verschiedene Altersgruppen.

- [Zu den Materialien](#) 

Berichte und Studien

Konsultationsergebnisse: Bildung und Inklusion

Im Mai 2017 hatte die EU-Kommission eine öffentliche Konsultation zum Beitrag des formalen und nicht-formalen Lernens zur sozialen Eingliederung und zu den Werten der EU gestartet. Nun wurde ein Überblick über die Konsultationsergebnisse veröffentlicht. Demnach gaben fast 40 Prozent der Teilnehmenden an, dass Bildungsangebote mehr für die Förderung der sozialen Eingliederung und der gemeinsamen Werte tun sollte. Aus den Antworten geht hervor, dass formales und nicht-formales Lernen vor allem darauf abzielen müsse, die Herausforderungen zu bewältigen, die sich aus Benachteiligungen vielfältiger Art auf Seiten der Lernenden ergeben.

- [Zum Bericht](#)  

Familien und Migration – OECD-Veröffentlichung

Die OECD-Reihe *Making Integration Work* befasst sich mit Themen rund um die Integration von Migranten und ihren Kindern in ihre Aufnahmeländer. Jedes Buch stellt konkrete politische Lehren zu einem bestimmten Unterthema vor und versammelt Beispiele guter Praxis sowie Vergleiche der politischen Rahmenbedingungen für die Integration von Migranten in verschiedenen OECD-Ländern. Der dritte Band der Reihe beschäftigt sich nun mit der Integration von Familien, einer vielfältigen und großen Gruppe von Einwanderern in den OECD-Raum.

- [Zur Veröffentlichung](#)  

OECD-Veröffentlichung zum Thema Wohlergehen

Die OECD-Publikation „How’s life?“ zeigt die Hoffnungen und Fallstricke bezüglich des Wohlergehens der Menschen in 35 OECD-Ländern und sechs Partnerländern auf. Sie präsentiert die neuesten Erkenntnisse aus 50 Indikatoren, die sowohl das gegenwärtige Wohlbefinden als auch die Ressourcen für das zukünftige Wohlbefinden abdecken und Veränderungen seit 2005 beinhalten.

- [Zur Veröffentlichung](#)  

Global Gender Gap Report: „Ein schlechtes Jahr in einer guten Dekade“

Das Weltwirtschaftsforum hat den *Global Gender Gap Report 2017* veröffentlicht. Darin werden geschlechtsbezogene Unterschiede in den Verwirklichungschancen von Frauen und Männern in 144 Ländern weltweit nachgezeichnet. Der Bericht gliedert sich in vier Bereiche: wirtschaftliche Teilhabe und Chancen (Gehälter, Partizipation und Führung), Bildungsabschlüsse (Zugang zu Grund- und hohem Bildungsniveau), Gesundheit und Überleben (Lebenserwartung und Geschlechterverhältnis) sowie politisches Empowerment (Vertretung in Entscheidungsstrukturen). Während mehr als die Hälfte der Länder in den letzten zwölf Monaten eine Verbesserung ihrer Punktzahl habe verzeichnen können, sei zum ersten Mal seit dem ersten

Bericht im Jahr 2006 eine Ausweitung der geschlechtsbezogenen Kluft festgestellt worden. Insgesamt seien bisher 68 Prozent der weltweiten geschlechtsspezifischen Unterschiede geschlossen; bei der derzeitigen Rate werde es noch 100 Jahre dauern, bis die Kluft geschlossen ist. Island ist nach den Kriterien des Wirtschaftsforums das neunte Jahr in Folge das Land mit der höchsten Geschlechtergerechtigkeit. Westeuropa sei nach wie vor die Region mit der höchsten Performance im Index mit einem durchschnittlichen verbleibenden Geschlechtergefälle von 25 Prozent, Osteuropa und Zentralasien hätten im Durchschnitt 71 Prozent des Geschlechtergefälles geschlossen. Der Bereich politisches Empowerment weise insgesamt die größte geschlechtsspezifische Kluft auf.

➤ [Zum Bericht](#)  

FRA-Bericht zur Diskriminierung von Frauen und Mädchen

Die EU-Grundrechteagentur (FRA) hat im Vorfeld des Internationalen Tages für die Beseitigung der Gewalt gegen Frauen am 25. November einen Bericht über die „Herausforderungen für die Menschenrechte von Frauen in der EU: Geschlechterdiskriminierung, sexistische Hassreden und geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen und Mädchen“ veröffentlicht. Darin stellt sie fest, dass weit verbreitete geschlechtsspezifische Gewalt, Hass und Diskriminierung weiterhin das Wohlergehen sowie die Fähigkeit von Frauen bedrohten, ein erfülltes und aktives Leben in der Gesellschaft zu führen. Daher ruft sie die EU auf, die Gleichstellung der Geschlechter noch stärker zu fördern und für die Beseitigung von Diskriminierung und von Gewalt gegen Frauen einzutreten.

➤ [Zum Bericht](#) 

Europäisches Forum über die Rechte des Kindes: Tagungsvideos online

Am 7. und 8. November 2017 fand in Brüssel das 11. Europäische Forum über die Rechte des Kindes zum Thema „Freiheitsberaubte Kinder und Alternativen zur Haft“ statt. Das Forum ist eine jährliche Konferenz der Europäischen Kommission. Es versammelt wichtige Akteure aus den EU-Mitgliedstaaten, Vertreter/innen von Internationalen und Nichtregierungsorganisationen, sowie Ombudspersonen für Kinder. In diesem Jahr ging es unter anderem um die Themen „Kinder im Widerspruch zum Gesetz“, „Kinder in der Immigrationshaft“, „Kinder in Einrichtungen (ohne elterliche Fürsorge, aus psychischen Gründen oder aufgrund von Behinderungen)“ und „Kinder von inhaftierten Eltern“. Die Videos zur Tagung sind online abrufbar.

➤ [Zur Tagungsseite mit allen Videos](#) 

Population Europe Policy Brief: Becoming an adult in Europe

Population Europe hat einen neuen Policy Brief veröffentlicht, der sich mit dem Erwachsenwerden in Europa befasst. Die Kernbotschaften des Papiers lauten:

- Politische Vorschläge für junge Europäer sollten auf einer Lebensverlaufsperspektive beruhen.
- Die Unabhängigkeit im jungen Erwachsenenalter ist als ein mehrdimensionales Konzept zu verstehen, das die wirtschaftliche und psychologische Unabhängigkeit einschließt.
- Die Beschäftigungssicherung für junge Menschen sollte weiterhin eine der obersten Prioritäten auf der politischen Agenda der EU bleiben. Dabei müsse aber auch auf stabile und gute Arbeitsbedingungen und Löhne geachtet werden.

- Was die Wohnverhältnisse betrifft, so bedeute das Verlassen des Elternhauses nicht, dass der Einzelne die volle Unabhängigkeit erreicht hat. Ziel sollte eine stabile und nachhaltige Wohnsituation sein.
 - Lokale Initiativen zur Unterstützung junger Menschen sollten weiter gefördert werden. Diese sollten sensibel auf das Geschlecht, die ethnische Zugehörigkeit und die Bildung des Einzelnen eingehen.
- [Zum Papier](#) 

Eurostat-Bericht über nachhaltige Entwicklung in Europa

Am 20. November hat Eurostat, die europäische Statistikbehörde, einen Bericht zur Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) der UN veröffentlicht. Die Veröffentlichung markiert den Beginn der zukünftig regelmäßig von Eurostat durchgeführten Überprüfung der Fortschritte bei der Verwirklichung der SDGs im EU-Kontext. Die Analyse baut auf dem EU-SDG-Indikatorenset auf. Der Indikatorenset umfasst 100 Indikatoren, ist nach den 17 SDGs strukturiert und konzentriert sich auf Aspekte, die aus EU-Perspektive relevant seien. Der Monitoring-Bericht enthält eine statistische Darstellung der Trends in den letzten fünf Jahren („kurzfristig“) und, sofern ausreichende Daten verfügbar sind, in den letzten 15 Jahren („langfristig“).

Die Umsetzung der SDGs wird auch von dem europäischen Netzwerk SDG WATCH Europe beobachtet. In einer Pressemitteilung zum Eurostat-Bericht kritisiert SDG WATCH in erster Linie, dass die Vorgehensweise von Eurostat zwar Fortschritte sichtbar machen könne, dass aber die wichtige Frage, wie weit Europa vom Erreichen der Ziele noch entfernt sei, ausgeblendet bleibe. Die Indikatoren seien außerdem nur in der Lage, bereits bestehende Ansätze zu messen; innovative Herangehensweisen würden nicht in die Analyse aufgenommen.

- [Zum Bericht](#) 
- [Zur Mitteilung von SDG WATCH Europe](#) 

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum/ Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
4. Dez. 2017 Brüssel, Belgien	Let Children be Children: Lessons from the Field on the Protection and Integration of Refugee and Migrant Children in Europe	Eurochild
4.-5. Dez. 2017 Brüssel, Belgien	Scarred Youth – What can the EU do?	NEGOTIATE Project
6. Dez. 2017 Brüssel, Belgien	Istanbul Convention: what policies transform commitment into reality?	Europarat, European Women's Lobby
6. Dez. 2017 Brüssel, Belgien	Intergenerational fairness dialogue	European Youth Forum
7. Dez. 2017 Brüssel, Belgien	Building a European Social Standards Union – what role for the European Semester?	European Anti-Poverty Network (EAPN)
14.-15. Dez. 2017 Lausanne, Schweiz	Family dynamics and the changing landscape of shared custody in Europe	NCCR LIVES

14.-15. Dez. 2017 Genf, Schweiz	2017 World Family Summit: „No Family Left Behind“	World Family Organization, UNITAR
18. Jan. 2017 Brüssel, Belgien	Fostering Active & Healthy Ageing: Harnessing the Demographic Transition in the EU	Public Policy Exchange
18.-19. Jan. 2018 Genf, Schweiz	CREAN Conference 2018: The impact of children’s rights education and research on policy development	Children’s Rights European Academic Network (CREAN)
7.-9. Feb. 2018 Valletta, Malta	Couple Relationships n the 21st Century: Evolving Contexts and Emergent Meanings	ICCFR, PFWS
20. Feb. 2018 Brüssel, Belgien	Tackling Gender-Based Violence in Europe: Advancing Strategies to End Violence against Women and Girls	Public Policy Exchange
20.-23. März 2018 Barcelona, Spanien	New and Emerging Family Forms Around the Globe	IUSSP
3.-5. Mai 2018 Berlin, Deutschland	Parental life courses after separation and divorce	Hertie School of Governance
28.-30. Mai 2018 Sevilla, Spanien	26th European Social Services Conference (ESSC) „Invest-Innovate-Transform: Empowering people and communities“	ESSC
6.-9. Juni 2018 Brüssel, Belgien	European Population Conference	European Association for Population Studies
2.-5. Sep. 2018 Prag, Tschechien	International Society for Prevention of Child Abuse and Neglect (ISPSCAN) 2018 conference „Child Protection in the Changing World“	ISPSCAN
3.-6. Sep. 2018 Comer See, Italien	Postponement of Parenthood	MPG, LSE, Bocconi University
5.-8. Sep. 2018 Porto, Portugal	9th ESFR Conference „Families through the lens of diversity“	European Society on Family Relations (ESFR)

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und ist in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin · Tel.: + 49 (0) 30 2902825-78
E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: <http://ag-familie.de>
Redaktion: Christine Ludwig, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom

